

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Schlüsselergebnisse von 1870 bis 1945

Band 8

Das Märchen von Einigkeit, Recht und Freiheit ...

Band 8/116

Das NS-Regime (1933-1939)

Sie werden mir doch nicht zutrauen, daß ich diesen österreichischen Gefreiten zum Reichskanzler berufe. ...

Paul von Hindenburg (1847-1934, deutscher Offizier und Politiker)

Reichskanzler Hitler

Die politisch-satirische Zeitschrift "Simplicissimus" meldete am 1. Januar 1933 voreilig (x034/629): >>... Eins nur läßt sich sicher sagen, und das freut uns rundherum: Hitler geht es an den Kragen. Dieses "Führers" Zeit ist um!<<

Die SPD-Zeitung "Vorwärts" berichtete am 20. Januar 1933 über die zahllosen politischen Intrigen (x034/632): >>... Hitler bei Papen, Strasser bei Schleicher, Hugenberg bei Hitler, Papen bei Hugenberg, Hugenberg bei Hindenburg, Alvensleben schiebt vorne, Thyssen schiebt hinten ... Wer findet sich noch zurecht in der Geheimpolitik, die ohne das deutsche Volk getrieben wird? ...<<

Joseph Goebbels berichtete am 21. Januar 1933 in seinem Tagebuch (x034/632): >>Die Vorarbeiten für den Sturz Schleichers sind in vollem Gange.<<

Hitler führte am 22. Januar 1933 mit Franz von Papen und Oskar von Hindenburg wieder politische Sondierungsgespräche über die Regierungsbildung.

Reichskanzler Schleicher, der eine vorübergehende Militärdiktatur anstrebte, konnte die beantragte Auflösung des Reichstages nicht durchzusetzen, weil Reichpräsident Hindenburg am 23. Januar 1933 die erforderliche Zustimmung verweigerte.

Generaloberst Kurt von Hammerstein-Equord (1878-1943, seit 1930 Chef der deutschen Heeresleitung) forderte seinen Freund Reichskanzler Schleicher am 24. Januar 1933 zur gewaltsamen Machtübernahme auf, um Hitler mit Hilfe der Reichswehr zu stoppen. Schleicher lehnte jedoch einen Militärputsch ab, da er seinen geleisteten Eid nicht brechen wollte. Er weigerte sich außerdem weiterhin starrsinnig, die verbrecherische "preußische Notverordnung" aufzuheben, so daß Hitlers Machtergreifung nicht mehr zu stoppen war.

Alfred Hugenberg (Unternehmer und Vorsitzender der DNVP) verharmloste am 26. Januar 1933 während einer Besprechung mit Franz von Papen die Gefährlichkeit Hitlers (x034/633): >>... Wir rahmen ... Hitler ein. ...<<

Der Reichswehroffizier Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord (1878-1944, General und Chef der Heeresleitung) warnte Hindenburg am 27. Januar 1933 nochmals vor Hitler.

Der Reichspräsident beruhigte damals den Chef der Heeresleitung mit folgenden Worten (x034/633): >>... Sie werden mir doch nicht zutrauen, daß ich diesen österreichischen Gefreiten zum Reichskanzler berufe. ...<<

Als die letzten Verhandlungen mit den demokratischen Parteien und den Gewerkschaften scheiterten, trat Reichskanzler Schleicher am 28. Januar 1933 verbittert zurück. Der "letzte

Reichskanzler" Kurt von Schleicher wurde später mit seiner Frau beim sogenannten "Röhm-Putsch" ermordet.

Die Gewerkschaften warnten Reichskanzler Hindenburg am 28. Januar 1933 telegrafisch, Hitler mit der Regierung zu betrauen (x034/634): >>... daß die Berufung einer sozialreaktionären und arbeiterfeindlichen Regierung von der gesamten deutschen Arbeiterschaft als eine Herausforderung empfunden werden müßte.<<

Joseph Goebbels berichtete am 28. Januar 1933 in seinem Tagebuch (x034/634): >>Schleicher ist endgültig erledigt. Jetzt bleibt nichts mehr übrig, als daß der Führer betraut wird. Wir sind alle noch sehr skeptisch und freuen uns nicht zu früh.<<

Von Papen, Oskar von Hindenburg (1883-1960, Sohn und persönlicher Mitarbeiter des Reichspräsidenten) und Staatssekretär Otto Meißner (1880-1953, Chef der Reichskanzlei) "bearbeiteten" am 29. Januar 1933 unentwegt den uralten Reichspräsidenten.

Papen, der ursprünglich nur durch Schleichers Fürsprache zum Reichskanzler ernannt wurde, war ein äußerst geltungsbedürftiger Mann. Er vertrat damals einflußreiche Unternehmer der Schwerindustrie, die nach Hitlers Machtübernahme kräftige Aufrüstungsmaßnahmen und "große Geschäfte" erwarteten. Obwohl von Papen Hitlers radikale Absichten längst kannte, machte er seinen großen Einfluß gegenüber Hindenburg geltend, um Hitlers Ernennung durchzusetzen. Nach stundenlangen Gesprächen wurde der völlig erschöpfte Hindenburg schließlich am 29. Januar 1933 "überredet", Hitler zum Reichskanzler zu ernennen.

Franz von Papen erklärte damals (x243/44): >>Wir haben uns Herrn Hitler engagiert. ... Ich habe das Vertrauen Hindenburgs. In 2 Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, daß er quietscht. ...<<

Der "Völkische Beobachter" schrieb am 30. Januar 1933 vor dem angekündigten Treffen zwischen Reichspräsident Hindenburg und Hitler (x034/634): >>... Unsere Forderung nach Schleichers Sturz: Kanzlerschaft Hitlers.<<

Trotz aller Warnungen ernannte der altersschwache 85jährige Reichspräsident den angeblich "harmlosen" Hitler am 30. Januar 1933, kurz nach 11 Uhr, zum deutschen Reichskanzler (sogenannte nationalsozialistische "Machtergreifung").

Für Hindenburg war Hitler, im Gegensatz zur drohenden Diktatur Papens bzw. Schleichers oder der "kommunistischen Gefahr", das "kleinere Übel". Der erfolgreichste deutsche Heerführer des Ersten Weltkrieges und "Volksheld" war anscheinend fest davon überzeugt, daß man den "böhmischen Gefreiten" leicht zähmen könnte.

Als Reichspräsident Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, leitete er gleichzeitig das Ende der deutschen Demokratie ein.

Hindenburg erklärte damals vor der Presse (x034/634): >>... Und nun, meine Herren, vorwärts mit Gott! Nun Sie sich einig geworden sind, geht es mir gut! ...<<

Goebbels jubelte nach Hitlers Ernennung (x034/634): >>Es ist fast wie ein Traum. die Wilhelmstraße gehört uns. ... Der Führer ist zum Kanzler berufen. ... Deutschland steht vor einer historischen Wende. ...<<

Der "Vorwärts" schrieb am 30. Januar 1933 (x034/634): >>Hitler-Papen-Kabinett: "Feine Leute" und drei Nazis - Kabinett des Großkapitals: Der Reichspräsident hat mit der Ernennung dieser Regierung die furchtbarste Verantwortung übernommen, die jemals ein Staatsoberhaupt übernommen hat.<<

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtete am 30. Januar 1933 (x032/9): >>... Berlin ist heute nacht in einer reinen Faschingsstimmung.<<

Werner Finck (1902-1978, Schauspieler, Kabarettist und Autor) schrieb später über die NS-Massenaufmärsche in Berlin (x115/239): >>Dann aber kam auf den Straßen diese Unruhe. Es wurde doch sehr massiv in Berlin. Große Gruppen von Menschen lärmten auf den Straßen. Sie habe die Arme ausgestreckt und "Heil" gerufen. Immer so in Dreier-Reihen "Heil-Heil-

Heil", daß es knallte. Welch eine Ironie des Schicksals: Gerade in dem Land, wo am meisten "Heil" gerufen wurde, ist am wenigsten Heil geblieben.

Ich kann sagen, ich habe gezittert, mir war es furchtbar unangenehm. Ich habe richtige Angst gehabt. Ich dachte, um Gottes willen, wie wird das enden. Wenn ich natürlich damals schon gewußt hätte, was man heute weiß, - daß das alles nur Mitläufer waren, dann hätte man doch nicht gezittert. Aber das ahnte man noch nicht. Das hat doch kein Mensch damals gesagt. ...<< Max Liebermann (1847-1935, Maler und Graphiker) meinte beim Betrachten des Fackelzuges am 30. Januar 1933 (x844/...): >>Ich kann nicht so viel fressen, wie ich kotzen möchte. ...<< Andre Francois-Poncet (1887-1978, 1931-38 französischer Botschafter in Berlin) berichtete damals in seinem Tagebuch über die chaotischen Verhältnisse im Deutschen Reich (x069/58):

>>Das Reich scheint in das Chaos der Jahre 1918/19 und 1923 zurückzufallen und nochmals, ja noch ernsthafter von Anarchie bedroht zu werden. Man muß sich dieses Bild Deutschlands vor Augen halten, als die Straßen auf dem Land und in den Städten von rivalisierenden Umzügen des Stahlhelms, der Rotfront (KPD), der SA und SS durchschritten werden. Die Schlagzeilen der Zeitungen berichten täglich von neuen Unruhen, neuen Opfern.

Man muß sich jenes Deutschland vor Augen halten, in dem Unsicherheit und Unordnung herrschen und die Sorge um die nächste Zukunft und die Furcht vor einer bolschewistischen Revolution die Gemüter bedrücken, um zu begreifen, daß die nationalistischen Leidenschaften aufgepeitscht werden konnten mit der Behauptung, das Ausland sei an diesem ganzen Unglück schuld, um zu verstehen, mit welchen Gefühlen 1933 die Machtübernahme durch jenen Mann mit der eisernen Faust aufgenommen wurde, einen Mann, der so tapfer den Roten die Stirne bietet und sich anheischig macht, im Innern Ordnung und Freiheit, nach Außen Macht und Größe des Reiches wieder herzustellen.<<

Für die meisten ausländischen Staaten ist Hitlers Regierungsübernahme vorerst nur "ein Sieg der nationalen Opposition".

In jener Zeit gab es natürlich auch Millionen von jungen Idealisten und Schwärmern, die irrtümlich an Hitlers NS-Regime glaubten. Nach den bitteren Kriegs- und Nachkriegsjahren träumten diese naiven Phantasten von der Verwirklichung einer wahren, gerechten Volksgemeinschaft. Die meisten Deutschen wollten lediglich alle Ungerechtigkeiten und früheren Feindschaften vergessen und gemeinsam die Folgen der Versailler Verträge beseitigen, aber der allgegenwärtige Terror des NS-Regimes zerstörte schon bald alle Hoffnungen und naiven Wunschträume.

Eine Anhängerin des NS-Regimes berichtete Anfang des Jahres 1933 über ihre Erwartungen (x149/75): >>Keine Parole hat mich je so fasziniert wie die Parole von der Volksgemeinschaft. ... Ich glaubte den Versprechungen der Nationalsozialisten, daß sie die Arbeitslosigkeit und damit die Not von 6 Millionen Menschen beseitigen würden. Ich glaubte ihnen, daß sie das deutsche Volk aus der Zersplitterung von über 40 politischen Parteien zu einer Einheit zusammenführen und daß sie die Folgen des Versailler Diktats überwinden würden. ...<<

Der Niedergang der Weimarer Republik, die das deutsche Volk sicherlich in eine glückliche und würdige Zukunft geführt hätte, entwickelte sich für die Deutschen zur nationalen Tragödie und endete schließlich mit der gigantischen internationalen Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.

Nach ungemein schweren Jahren (1919-33), in denen 20 deutsche Regierungen aufgerieben wurden und scheiterten, wurde das Schicksal der "Weimarer Republik" am 30. Januar 1933 entschieden (x051/627).

Im Verlauf der "Großen Depression" wurden die Positionen der deutschen Regierungen nahezu aussichtslos, denn im Gegensatz zu den französischen Regierungen (von 1919-30 scheiterten z.B. auch 18 französische Regierungen) fehlten den deutschen Regierungen nach dem Ersten Weltkrieg schließlich die entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Grundlagen,

um die katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise zu überwinden. Angesichts der riesigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der fehlenden politischen Führungspersönlichkeiten mußten die gemäßigten Parteien der Weimarer Republik zwangsläufig scheitern.

Der deutsche Historiker Arthur Rosenberg (1889-1943, 1924-28 Mitglied des Reichstages) berichtete später über das Ende der Weimarer Republik (x058/333): >>... Die ruhige, nüchterne Vernunft der sozialistischen Arbeiter mitten im Sturm der politischen Erregung ist gewiß achtbar. Das sind die Männer, die auch später unter der Herrschaft der Gegenrevolution nicht wankten. Aber es gibt Situationen in der Geschichte der Völker und Klassen, in denen die tägliche nüchterne Klugheit nicht ausreicht.

Die sozialistischen Funktionäre sahen tatsächlich von 1929 bis 1933 vor lauter Bäumen den Wald nicht. Sie verstanden wohl alle Schwierigkeiten und Nöte des Augenblicks, aber sie übersahen die mächtige revolutionäre Welle, die damals durchs Land ging. Hinter all dem lauten Schimpfen auf das "System" steckte ein echter Volkshaß auf den kapitalistischen Staat. Nur weil die Sozialisten nicht fähig waren, sich an die Spitze der verzweifelnden Massen zu stellen, konnte die Gegenrevolution diese Bewegung ausnützen. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über den Untergang der Weimarer Republik (x063/573-574): >>Die Republik, die ... zu Grabe getragen wurde, nimmt in der Geschichte einen ehrenvollen Platz ein. Mag man ihr nachsagen (wenn das ein Vorwurf ist), sie sei zu demokratisch gewesen und habe zu kritiklos vertraut, daß das Trachten des Menschen von Anbeginn gut sei. Aber sie hat das Reich gerettet, nicht nur 1918; das vorbildliche Werk ihrer sozialen Gesetzgebung legte im Volke die Grundlagen, die noch beim zweiten Sturz 1945 der erneuten Versuchung des Kommunismus widerstanden.

Die Tragik des Geschehens ist um so sinnfälliger, als der Höhepunkt der Staatskrise fast überschritten war, als der Reichspräsident die Republik ihren Feinden auslieferte. Die Wirtschaft hatte das ärgste überstanden, die Arbeitslosigkeit nahm nicht mehr zu, und Verzweiflung und Abenteuerertum begannen, einer ruhigeren Stimmung zu weichen. Die Reparationen waren praktisch beseitigt, das Rheinland geräumt, die Rückkehr der Saar gesichert, der Widerstand gegen einen engeren Zusammenschluß mit Österreich hatte seit der Wirtschaftskrise nachgelassen, über Eupen und Malmédy konnte man verhandeln, und selbst eine friedliche Revision der unvernünftigen Ostgrenzen schien nicht für immer aussichtslos; man hätte Polen statt des Korridors durch eine exterritoriale Straßen- und Bahnverbindung den freien Zugang zum Meer vermitteln können.

Die Ernte der Republik, der Stresemannschen Politik der Völkerversöhnung fiel Hitler in den Schoß, aber er wußte sie nicht zu nutzen. Was friedliche Verhandlungen zu bleibendem Erfolg geführt hätten, verdarb seine Methode der Gewalt. Nichts, was Hitler durch Macht erreichte, hat den Zusammenbruch seiner Macht überdauert.

Daß Versailles liquidiert würde, war nicht nur ein deutsches, sondern ein europäisches Anliegen. Daß es der Deutschen Republik versagt blieb, dieses Ziel zu erreichen, deutete eine Entwicklung an, die nunmehr von Versailles über den Untergang der deutschen Demokratie, zum Zweiten Weltkrieg führte. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über Hitlers Machtübernahme (x057/230-231): >>Die Umwandlung des Deutschen Reiches von einer demokratischen Republik zu einer Diktatur war das Werk des Führers ... Adolf Hitler (1889-1945). Er stammte aus Österreich, begann nach dem ersten Weltkrieg seine politische Laufbahn, die ihn im Verlauf von 14 Jahren durch Willenskraft, Fanatismus und eine nie gekannte Propaganda an die Spitze der Reichsregierung brachte.

In seinem Parteiprogramm und seinem Buch "Mein Kampf" hatte er die Grundfragen einer neuen politischen Idee, einer "nationalsozialistischen Weltanschauung", zu prägen versucht und sie als mitreißender Volksredner (Trommler) zuerst in seine Partei hineingetragen. Diese

war in straffer Disziplin organisiert mit den Kampfformationen Sturmabteilungen (SA) und Schutzstaffeln (SS). Eine arische Rassenlehre mit dem Symbol des Hakenkreuzes sollte eine Vereinigung von Nationalsozialismus und Sozialismus verkörpern mit einer mystischen Heldenverehrung seiner Person und einer bedingungslosen Gefolgschaftstreue.

Enttäuscht von der inneren und äußeren Lage Deutschlands strömten ihm im Laufe der dreißiger Jahre eine Unzahl von verbitterten oder hoffnungsvollen Menschen zu, um der neuen Bewegung zur Herrschaft im Staate zu verhelfen. Die Parolen wie "Brechung der Zinsknechtschaft", "Gemeinnutz vor Eigennutz", "Positives Christentum", "Führerprinzip", "Nationaler Sozialismus", "ein Volk, ein Reich" usw. wurden von der Masse oft mißverstanden oder so ausgelegt, wie man es selber wünschte.

Nach dem Willen des "Führers" sollte ein "Germanischer Staat deutscher Nation" geschaffen werden. Vieles war dem Ausland und anderen autoritären Organisationen nachgeahmt und fand nur schwer Eingang in die deutschen Volkskreise. Nur wenige ahnten die tragische Entwicklung des deutschen Volkes und Reiches, aber niemand, weder vom Ausland noch vom Inland, hatte etwas Entscheidendes gegen die Machtübernahme unternommen. So gelang es Hitler, als Reichskanzler einer Koalitionsregierung in der Weimarer Republik beginnend, allmählich eine Diktatur aufzurichten, wobei er mit wechselnden Mitteln, der Entfaltung mitreißender Begeisterung oder einer rücksichtslosen Gewalt vorging.<<

Der deutsche Historiker Golo Mann (1909-1994) schrieb über Hitlers Machtergreifung am 30. Januar 1933 (x058/343-344): >>... Hitler wußte, was er brauchte, um Teilmacht zur totalen zu machen; den Reichskanzlerposten, die Innenministerien im Reich und in Preußen; das hätte ihm etwas früher genügt, wie es ihm etwas später genügte. So wird man auch das Verhalten der Sozialdemokraten im Januar 1933, ihre Weigerung, sich mit Schleicher zu verbünden, kaum noch als entscheidend ansehen können. Die Linke war damals verbraucht, war besiegt seit dem preußischen Staatsstreich ... Der Streit über die Frage, ob Hitler durch wenige Intriganten an die Macht gebracht worden sei oder durch das Volk, ist darum eigentlich gegenstandslos ...

Die Deutschen waren seit den 1890er Jahren ein Volk von Arbeitern und Angestellten. Alles andere war zahlenmäßig Minderheit, insbesondere die sogenannten "besitzenden Klassen" ... Indem die Sozialdemokraten den Weimarer Staat nicht gestalteten, gestaltete ihn überhaupt niemand. Er wurde von Leuten regiert, die ihn nie gewünscht hatten, die nicht an ihn glaubten und auch, wenn sie wohl oder übel im Sattel saßen, nach anderen, vielleicht doch besseren Pferden hinüberschielten.

Man ist versucht zu sagen: das, was sich seit 1930 allmählich, dann, 1933, in wenigen Wochen auflöste, die "Republik", hat es überhaupt nicht gegeben. Merkwürdig ist nicht so sehr der Prozeß der Auflösung wie die Tatsache, daß so viele so lange nicht an ihn glauben konnten. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Dietrich Bracher (1922-2016) schrieb später über Hitlers Machtübernahme (x058/347): >>... Hitler hat konsequent die pseudolegale Taktik verfolgt, nachdem sein Putschversuch von 1923, wie schon der reaktionäre Kapp-Putsch von 1920 an der Abneigung gescheitert war, die gerade auch das obrigkeitgläubige Bürger- und Beamtentum gegen offenen Staatsstreich und Revolution hegte.

Statt eines Putsches gegen die Republik nutzte Hitler die Möglichkeiten, die der Notstandsartikel der Weimarer Verfassung zur Beseitigung eben dieser Verfassung bot.

Der Weg über eine Präsidialdiktatur ist stets von konservativen Gegnern der parlamentarischen Demokratie propagiert und seit 1930 von dem autoritär-monarchistisch gesinnten Reichspräsidenten Feldmarschall Hindenburg gedeckt und gefördert worden. Er befreite schließlich die NSDAP aus dem Dilemma einer Minderheitspartei, die in freien Wahlen nie viel mehr als ein Drittel der Bevölkerung gewinnen konnte. Die Verkoppelung der Ausnah-

megewalt mit dem Recht zur Auflösung des Reichstages und zur Ernennung des Reichskanzlers ermöglichte eine legale Diktatur des Reichspräsidenten; mit ihrer Hilfe und nicht als Führer einer Mehrheitsregierung ist Hitler an die Macht gelangt.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Machtergreifung" (x051/367-368): >>Machtergreifung, im engeren Sinne die Übernahme der Regierungsgewalt im Deutschen Reich durch die NSDAP am 30.1.33, als deren Führer Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde; im weiteren, eigentlichen Sinne der Prozeß der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur und der Zerstörung der Demokratie in Deutschland 1933/34.

Der Machtergreifung vorausgegangen war die Auflösung der Weimarer Republik 1929-33: zunächst der Übergang vom parlamentarischen System zum Präsidialkabinett unter Brüning (Kanzler 30.3.30-30.5.32), dann der offen antidemokratische, auf die Errichtung eines autoritären Regimes zielende Kurs Papens (Kanzler 1.6.-17.11.32) und seine Politik der "Vorleistungen" für Hitler und die NSDAP (14.6. Aufhebung des Verbots von SA und SS, 20.7. Preußenschlag); der gleichzeitige Aufstieg der NSDAP von einer unbedeutenden Splitterpartei (1928: zwölf Reichstagsmandate) zur stärksten politischen Kraft (Juli 32: 230 von 608 Reichstagsmandaten); schließlich am 3.12.32 die Ernennung des Generals Schleicher zum Reichskanzler.

Anders als Papen hatte Schleicher einen Plan zur Verhinderung einer Machtergreifung Hitlers, nämlich die Spaltung der NSDAP und die Bildung einer "Gewerkschaftsachse" aus dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem linken, von Gregor Strasser repräsentierten Flügel der NSDAP, die nach Stimmenverlusten bei den Wahlen vom 6.11. (nur noch 196 von 584 Sitzen) und durch hohe Schulden in eine Krise geraten war.

Doch es gelang Hitler, Strasser in der Parteiführung zu isolieren: Am 7.12. erklärte dieser seinen Rücktritt von sämtlichen Parteiämtern. An der Schwäche Strassers, aber auch am Widerstand von SPD und Gewerkschaften scheiterte Schleichers Plan.

Bei einem von Papen vermittelten Treffen Hitlers mit deutschen Industriellen im Haus des Bankiers K. von Schröder in Köln am 4.1.33 sicherten ihm diese vermutlich weitere finanzielle Unterstützung zu; hier wurden wohl auch schon Vereinbarungen über die Bildung einer Regierung Hitler/Papen getroffen.

Als letzte Möglichkeit der Verhinderung einer solchen Regierung schlug Schleicher am 23.1. dem Reichspräsidenten vor, den Reichstag erneut aufzulösen, seine Neuwahl auf unbestimmte Zeit zu verschieben, den Staatsnotstand zu erklären und NSDAP wie KPD zu verbieten. Hindenburg lehnte diesen "Diktaturplan" – wie schon einen ähnlichen Vorschlag Papens – ab; Schleicher trat daraufhin am 28.1. zurück.

Am 30.1. ernannte der bis zuletzt widerstrebende Hindenburg, gedrängt von Papen und seiner Umgebung, Hitler zum Reichskanzler einer Koalition aus NSDAP und DNVP. Papen wurde Vizekanzler, Hugenberg, der Vorsitzende der DNVP, Wirtschaftsminister.

Zwar hatten in diesem "Kabinett der nationalen Konzentration", in dem die Harzburger Front wiederaufzuleben schien, die bürgerlichen Minister die Mehrheit – die NSDAP war außer mit Hitler nur durch Frick (Innenminister) und Göring (Minister ohne Geschäftsbereich) vertreten –, doch hatten Frick und Göring (zugleich kommissarischer preußischer Innenminister) innenpolitische Schlüsselstellungen inne.

Die Überzeugung der bürgerlichen "nationalen" Rechten, in der neuen Reichsregierung die Nationalsozialisten "gezähmt" und sie für eigene politische Ziele "engagiert" zu haben (Papen), erwies sich schon bald als Fiktion. ...<<

Der NS-Staatsstreich vom 23. März 1933

Hitler erklärte am 8. Februar 1933 vor leitenden Vertretern der deutschen Presse (x032/15): >>... In 10 Jahren wird es in Deutschland keinen Marxismus mehr geben.<<

Als der niederländische Anarchist Marinus van der Lubbe am 27. Februar 1933 das Berliner Reichstagsgebäude in Brand setzte, nutzte Hitler den Reichstagsbrand sofort als Vorwand, um die gefährlichsten "Staatsfeinde" auszuschalten (angebliche "kommunistische Rebellion"). In der Nacht des Brandes und am nächsten Tag wurden ca. 4.000 kommunistische Funktionäre verhaftet und die KPD indirekt verboten.

Joseph Goebbels berichtete am 27. Februar 1933 in seinem Tagebuch (x191/57): >>Nun ist der entscheidende Augenblick gekommen. Göring ganz groß in Fahrt. Der Führer verliert nicht einen Augenblick seine Ruhe. ...

Sofort verbietet Göring die gesamte kommunistische und sozialdemokratische Presse. Die kommunistischen Funktionäre werden in der Nacht dingfest gemacht. Die SA wird alarmiert. ... Mitten in der Nacht noch erscheint Oberregierungsrat Diels vom preußischen Innenministerium und gibt mir eingehend Bericht über die bisherigen Maßnahmen. Die Verhaftungen sind reibungslos verlaufen. ...

Wenn Widerstand geleistet wird, dann Straße frei für die SA. ...<<

Mit Hilfe der "legalen Notverordnung" verhängte Hitler am 28. Februar 1933 den Ausnahmezustand im Deutschen Reich, schaltete bereits indirekt das Parlament aus und übernahm im Rahmen der "Nationalen Revolution" wesentliche Machtpositionen des Landes. Zahlreiche wichtige Ämter der Behörden, Polizei, Presse, des Rundfunks und sonstige wichtige Posten wurden unverzüglich durch die NSDAP besetzt.

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Reichstagsbrandverordnung" (x051/486): >>Reichstagsbrandverordnung, am 28.2.33 unter der Bezeichnung "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" erlassene Notverordnung.

Vorausgegangen war ihr der Reichstagsbrand am 27.2., der von den Nationalsozialisten den Kommunisten zur Last gelegt wurde. "Zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte" (so die Präambel) setzte die Reichstagsbrandverordnung die in Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Weimarer Verfassung verbrieften Grundrechte der persönlichen Freiheit, der Unverletzlichkeit der Wohnung und des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnisses, der Meinungsfreiheit, der Versammlungs- und der Vereinigungsfreiheit und der Garantie des Privateigentums außer Kraft, gab der Reichsregierung das Recht, "zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" in den Ländern die Befugnisse der Landesregierung "vorübergehend wahrzunehmen", und verschärfte die Strafandrohungen für bestimmte Delikte, führte u.a. für Hochverrat und Brandstiftung die Todesstrafe ein.

Die Reichstagsbrandverordnung gab der von Hitler geführten Regierung eine scheinbar legale Grundlage zur Gleichschaltung der Länder und zur Verfolgung von tatsächlichen oder angeblichen Gegnern des Nationalsozialismus; allein 1933 kam es aufgrund der Reichstagsbrandverordnung zu 3.584 Strafverfahren mit 3.133 Verurteilungen. V.a. aber beseitigte die Reichstagsbrandverordnung wesentliche Elemente des Rechtsstaates und bildete so zusammen mit dem Ermächtigungsgesetz vom 24.3.33 die gesetzliche Grundlage der nationalsozialistischen Diktatur.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Artikel 48" (x051/40): >>Artikel 48 der Weimarer Verfassung, Bestimmung, nach der der Reichspräsident wesentliche Grundrechte, z.B. Versammlungs-, Meinungs- oder persönliche Freiheit, vorübergehend außer Kraft setzen konnte.

Notmaßnahmen aufgrund des auch "Diktaturparagraph" genannten Artikels 48 mußten auf mehrheitlichen Beschluß des Reichstages hin wieder aufgehoben werden. Das aber entschärfte den Artikel 48 nur unwesentlich, da der Reichspräsident wiederum nach Artikel 25 den Reichstag auflösen und so durch Notverordnungen zunächst weiter regieren lassen konnte.

Der Artikel 48 war seit 1930 nach Verlust koalitionsfähiger Mehrheiten Grundlage der

Präsidialkabinette, die die Rechte des Reichstages aushöhlten und den Sturz der Republik einleiteten. Er stand auch hinter der Reichstagsbrandverordnung vom 28.2.33, dem ersten Schritt zur Diktatur Hitlers.<<

Goebbels berichtete am 28. Februar 1933 in seinem Tagebuch (x191/57): >>... Es erfolgen Verhaftungen über Verhaftungen. Nun wir die rote Pest mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Widerstand zeigt sich nirgendwo. Das gegnerische Lager scheint durch unser plötzliches und scharfes Durchgreifen so verblüfft zu sein, daß es sich gar nicht mehr zu wehren wagt.<<

Bei der letzten "freien Reichstagswahl" am 5. März 1933 erhielt die NSDAP trotz großer Massenarbeitslosigkeit (fast 6,0 Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter) "nur" 43,9 % aller Wählerstimmen bzw. 288 Mandate, so daß Hitler nur mit Hilfe von radikalen Bundesgenossen "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" (DNVP = 8,0 %) die "einfache Mehrheit" von 51,9 % erreichte.

Da spätestens seit dem 28. Februar 1933 diktatorische Machtverhältnisse herrschten (Einschränkung der Grundrechte, Ausnahmezustand, Parteienverbot, SA- Straßenterror etc.), zählte die Wahl vom 5. März 1933 bereits nicht mehr zu den demokratischen und freien Wahlen.

Die deutschen Reichstagswahlen von 1928-33 (x089/413):

| Parteien | Mandate 1928 | % | Mandate 1930 | % | Mandate Juli 1932 | % | Mandate November 1932 | % | Mandate März 1933 | % |
|---------------------|-----------------|------|-----------------|------|-------------------------|------|-----------------------------|------|-------------------------|------|
| NSDAP | 12 | 2,6 | 107 | 18,3 | 230 | 37,3 | 196 | 33,1 | 288 | 43,9 |
| DNVP | 73 | 14,2 | 41 | 7,0 | 37 | 5,9 | 52 | 8,3 | 52 | 8,0 |
| SPD | 153 | 29,8 | 143 | 24,5 | 133 | 21,6 | 121 | 20,4 | 120 | 18,3 |
| Zentrum | 62 | 12,1 | 68 | 11,8 | 75 | 12,5 | 70 | 11,9 | 74 | 11,2 |
| DVP (Libe- rale) | 45 | 8,7 | 30 | 4,5 | 7 | 1,2 | 11 | 1,9 | 2 | 1,1 |
| KPD | 54 | 10,6 | 77 | 13,1 | 89 | 14,3 | 100 | 11,9 | 81 | 12,3 |
| Sonstige | 92 | 22,0 | 111 | 20,8 | 37 | 7,2 | 34 | 7,5 | 30 | 5,2 |
| Gesamt | <u>491</u> | | <u>577</u> | | <u>608</u> | | <u>584</u> | | <u>647</u> | |

Joseph Goebbels berichtete am 5. März 1933 (x032/25): >>Wir sind die Herren im Reich und in Preußen; alle anderen sind geschlagen zu Boden gesunken. Eine lange Arbeit wird mit letztem Erfolg gekrönt. Deutschland ist erwacht.<<

Seit dem 13. März 1933 kontrollierte, "säuberte" und dirigierte Josef Goebbels, NS-Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, sämtliche Informationsmedien (Presse, Buchwesen, Rundfunk, Film) und andere kulturelle Einrichtungen.

Goebbels schrieb später über die Aufgaben seines Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda (x149/77): >>Es genügt nicht, die Menschen mit unserem Regiment mehr oder weniger auszusöhnen, sie zu bewegen, uns neutral gegenüber zu stehen, sondern wir wollen die Menschen so lange bearbeiten, bis sie uns verfallen sind. ...

Im Laufe der Zeit haben sich auf allen Gebieten, namentlich der Technik, revolutionäre Umwälzungen vollzogen. wir leben heute im Zeitalter des Rundfunks, der großen Massendemonstrationen; Massenaufmärsche von hundert-, zweihundert- oder dreihunderttausend Menschen sind für uns nichts Unerreichbares mehr. ...

Wir leben nun einmal in dem Zeitalter, wo Massen hinter einer Politik stehen müssen. ...<<

Am 17. März 1933 ließ Hitler zu seinem persönlichen Schutz die Leibstandarte SS Adolf Hitler (LAH) in Berlin aufstellen. Es handelte sich bei dieser bewaffneten Leibwache Hitlers um eine militärische Elitetruppe.

Am 20. März 1933 ließ Himmler in der Nähe von Dachau das erste Konzentrationslager in Süddeutschland errichten.

Am 23. März 1933 legte Reichskanzler Hitler während der zweiten Sitzung des neuen Reichstages das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" (sog. "Ermächtigungsgesetz") zur Abstimmung vor.

Vor dem Berliner Reichstag drohten am 23. März 1933 die SA- und SS-Wachen (x059/76):

>>Wir wollen das Gesetz - sonst (gibt es) Mord und Totschlag. ...<<

Während die 94 SPD-Abgeordneten das "Ermächtigungsgesetz" ablehnten, stimmte das Zentrum (73 Sitze) aufgrund von Hitlers mündlichen Zusagen, die er später jedoch nie einlöste, zu. Am 23. März 1933 wurde das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. "Ermächtigungsgesetz", vom Reichstag mit der notwendigen 2/3-Mehrheit (444:94) gegen die Stimmen der SPD beschlossen. Nach Bekanntgabe der namentlichen Schlußabstimmung gab es im Deutschen Reich endgültig keine Demokratie mehr.

Mit der gewaltsamen Durchsetzung (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) des "Ermächtigungsgesetzes" am 23. März 1933 begingen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich nach dem gewaltsamen Staatsstreich praktisch besetzt.

Hitler wußte, daß eine Zwangsherrschaft grundsätzlich nicht der Mentalität des deutschen Volkes entsprach und daß er unter "normalen Bedingungen" niemals demokratische Abstimmungen und Wahlen gewonnen hätte, deshalb mußten sofort alle möglichen Gegner des NS-Regimes beseitigt werden (Einrichtung von Konzentrationslagern etc.).

Der "Völkische Beobachter berichtete am 24. März 1933 nach der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz (x023/27): >>Revolutionsstimmung herrschte im Reichstag, als der SPD-Führer Wels eine windelweiche Rede hielt, dabei aber noch die Dreistheit besaß, auch für die Sozialdemokratie Kampf um die deutsche Gleichberechtigung und Ehre in Anspruch zu nehmen.<<

Der Zentrums-Politiker Karl Bachem erklärte am 25. März 1933 (x243/45): >>Das Ermächtigungsgesetz ist also angenommen. ... Das Gesetz wäre selbst dann durchgegangen, wenn das Zentrum dagegen gestimmt oder ... sich enthalten hätte.

Hätte das Zentrum dagegen gestimmt, so wäre es wohl ... sofort zerschlagen worden, gerade wie die ... Sozialdemokratie. Alle Beamten, welche sich zum Zentrum bekennen, wären wohl sofort beseitigt worden. Im Reichstag (wären) ... die Zentrumsleute ... vielleicht sofort verprügelt und hinausgeschmissen worden, ... aber ohne, daß der katholischen Sache ... genützt worden wäre. ... Jede Möglichkeit einer Einflußnahme auf ihre (die Politik der NSDAP) wäre von vornherein unmöglich geworden. ...<<

Hitler rief am 28. März 1933 alle NS-Parteioorganisationen zum Boykott (1. April 1933) der Juden auf (x032/37): >>... Das Deutschland der nationalen Revolution ist nicht das Deutschland einer feigen Bürgerlichkeit. ...

(Hitler fordert) ... sofort Aktionskomitees zu bilden zur praktischen, planmäßigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte.<<

Goebbels berichtete am 30. März 1933 in seinem Tagebuch (x191/188): >>Der Rundfunk muß der Regierung die fehlenden 49 % zusammentrommeln, und haben wir sie dann, muß der Rundfunk die 100 % halten, muß sie verteidigen, muß sie innerlich durchtränken mit den geistigen Inhalten unserer Zeit, daß niemand mehr ausbrechen kann.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Errichtung der totalitären NS-Diktatur (x051/-368): >>(Machtergreifung) ... Der 30.1.33, von der NSDAP als "nationale Erhebung" und Beginn der "nationalsozialistischen Revolution" gefeiert, war in Wirklichkeit erst der Anfang der Machtergreifung: In den folgenden Monaten wurde in Deutschland die Demokratie endgültig beseitigt und in mehreren Etappen eine totalitäre Diktatur errichtet:

1. Schon im Februar begann unter Leitung Görings und mit Hilfe von SA und SS (ab 11.2. in

Preußen "Hilfspolizei") die Ersetzung demokratischer durch nationalsozialistische Beamte, abgesichert durch das Berufsbeamtengesetz vom 7.4.

2. Der Reichstagsbrand am 27.2. lieferte den Vorwand zum Verbot der kommunistischen und z.T. auch der sozialdemokratischen Presse und für die Reichstagsbrandverordnung vom 28.2., die wichtige Grundrechte der Verfassung außer Kraft setzte. Tatsächliche und angebliche Gegner des Nationalsozialismus wurden in "Schutzhaft" genommen. Dies und die gleichzeitige Errichtung der ersten KZ sowie der Boykott jüdischer Geschäfte am 1.4. markierten den Beginn des nationalsozialistischen Terrorsystems.

3. Schon am 1.2. war, aufgrund einer Vereinbarung bei Bildung der Regierung Hitler, der Reichstag aufgelöst worden. Obwohl der folgende Wahlkampf die Grundsätze einer freien Wahl verletzte (KPD faktisch verboten, Wahlwerbung insbesondere der SPD erheblich eingeschränkt), gewann die NSDAP "nur" 288 Sitze (von 647) und 43,9 %, so daß es zur absoluten Mehrheit nur zusätzlich mit der DNVP (52 Sitze) reichte. Am "Tag von Potsdam" am 21.3. wurde der neue Reichstag im Beisein des Reichspräsidenten feierlich und mit großem Pomp, der die Verbindung des alten (preußisch-monarchischen) mit dem neuen (nationalsozialistischen) Deutschland symbolisieren sollte, in der Potsdamer Garnisonkirche eröffnet.

4. Mit der Einsetzung von nationalsozialistischen Reichskommissaren als Leiter der Exekutive in den Ländern zwischen 5. und 10.3. begann deren Gleichschaltung. Das Deutsche Reich wurde Einheitsstaat.

5. Das Ermächtigungsgesetz vom 24.3. beseitigte endgültig den Rechtsstaat.

6. Am 2.5. wurden die Gewerkschaften verboten, am 10.5. Arbeitnehmer und -geber in der Deutschen Arbeitsfront zwangsvereintigt.

7. Im Juni und Juli 33 wurden die noch bestehenden Parteien verboten oder lösten sich unter nationalsozialistischem Druck auf; die Neubildung von Parteien verbot das Gesetz vom 14.7. Das Deutsche Reich war ein Einparteienstaat geworden, durch Gesetz "zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat" am 1.12.33 legalisiert.

8. Das Reichskulturkammergesetz vom 22.9. und das Schriftleitergesetz vom 4.10. leiteten die kulturelle Gleichschaltung ein.

9. Schon vorher war auch die Reichsregierung faktisch gleichgeschaltet worden: Die nicht der NSDAP angehörenden Minister waren ausgeschieden und durch Nationalsozialisten ersetzt worden, als neues Ministerium kam das Propagandaministerium hinzu.

10. Unter dem Vorwand einer angeblichen Verschwörung der SA ließ Hitler zwischen 30.6. und 2.7.34 Röhm und weitere SA-Führer sowie andere Mißliebige ermorden und schaltete so die SA als selbständigen Machtfaktor aus (Röhm-Affäre). An ihrer Stelle wurde die SS zur wichtigsten Stütze des Regimes.

10. Nach dem Tod Hindenburgs am 2.8.34 wurden noch am gleichen Tag per Gesetz die Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers in der Person Hitlers als dem "Führer und Reichskanzler" vereinigt: Die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur war abgeschlossen.<<

"Wilde SA- und SS-Lager" werden zu Konzentrationslagern (KZ)

Der NS-Staat verfügte schon frühzeitig über Konzentrationslager (KZ), in denen "mißliebige Elemente" (Kommunisten, Sozialisten, Geistliche und andere "Volksschädlinge") Zwangsarbeit leisten mußten.

Ein Zeitzeuge berichtete über die "Beschränkungen der persönlichen Freiheit" ab März 1933 (x191/59-60): >>In diesen Märztagen entstanden die Konzentrationslager ...

Nach den Berichten von Beamten und Freunden trat die SA mit eigenen "Vernehmungsstellen" in Berlin selbst in eine grauenvolle Tätigkeit ein. In den einzelnen Stadtteilen entstanden "Privatgefängnisse". – Dort waren die Fußböden einiger leerer Zimmer, in denen sich die Fol-

terknechte betätigten, mit einer Strohschütte bedeckt worden.

Die Opfer, die wir vorfanden, waren dem Hungertode nahe. Sie waren tagelang stehend in enge Schränke gepreßt worden, um ihnen "Geständnisse" zu erpressen.

Die "Vernehmungen" hatten mit Prügeln begonnen und geendet; dabei hatte ein Dutzend Kerle in Abständen von Stunden mit Eisenstäben, Gummiknüppeln und Peitschen auf die Opfer eingedroschen.

... Es gab kein Stöhnen und Klagen mehr, nur starres Warten auf das Ende oder auf neue Prügel.<<

Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtete am 4. April 1933 über das Konzentrationslager Heuberg (x243/47): >>... Großzügig angelegtes Militärlager - Das größte Konzentrationslager in Deutschland – Wundervolle Hanglage – Zur Zeit 1.750 Internierte und 450 Mann Bewachung – Gute Verpflegung und Behandlung – Hinter Stacheldraht – Nichts arbeiten den ganzen Tag ...

Absonderung der "Allerärmsten". Die Rädelsführer, die ganz Schlimmen, sind in einem besonderen Hause untergebracht. ...<<

Ein internierter Stadtrat berichtete später über die realen Zustände im Konzentrationslager Heuberg (x243/47): >>... Im (Strafbau stellte man sie) an die Wand – Nase und Fußspitzen mußten die Wand berühren -, bis die Leute rückwärts auf die scharfkantigen Steinbrocken fielen, die hinter ihnen aufgeschichtet waren. Das ... wurde so lange fortgesetzt, bis der Häftling liegen blieb. Darauf wurde er unter Knüppelschlägen weggeschleift. ...

Mein Freund, Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes, ... sagte zu mir: "Ich kann nicht mehr, ich nehme mir das Leben!"

Bald nach seiner Entlassung starb er. ... Er war in den wenigen Wochen seiner KZ-Haft ruiniert worden. ...

Als ich entlassen wurde, mußte ich mich verpflichten, draußen kein Wort über meine Internierung zu sprechen, andernfalls hätte ich mit verschärfter Haft zu rechnen.<<

Bis 1937/38 löste die SS alle "wilden Lager" auf und internierte die Häftlinge in den neuen Konzentrationslagern (KZ). Die SS errichtete ab 1938 weitere Konzentrationslager für den Zwangsarbeitseinsatz in der deutschen Rüstungsindustrie und später als Übergangslager für die sogenannte "Endlösung". Von 1938-44 entstanden im NS-Reich z.B. folgende Konzentrationslager "erster Ordnung": Stutthof (bei Danzig), Neuengamme (bei Hamburg), Ravensbrück (bei Fürstenberg/Havel, ein Frauenlager), Bergen-Belsen (bei Fallingb., Landkreis Celle), Buchenwald (bei Weimar), Groß-Rosen (Niederschlesien), Flossenbürg (Landkreis Neustadt/Waldnaab), Natzweiler (im Elsaß), Dachau (bei München), Mauthausen (bei Linz), Woltersdorf (bei Wien).

Von 1933-39 inhaftierte die Gestapo ca. 750.000-1.200.000 "unbequeme Deutsche" (x063/580). Am 10. April 1939 waren etwa 300.000 politische Gefangene im Konzentrationslager (x050/167). In den Gestapo-Archiven lagerten etwa 2,0 Millionen Akten über verdächtige deutsche Staatsbürger (x063/580).

Ein Schüler, der mit seiner Klasse das neuerrichtete KZ Buchenwald besichtigen durfte, berichtete später (x191/62-63): >>Unter den Eingesperrten hatte ich einen Weimarer Pfarrer erkannt, er hatte völlig zerfetzte Kleider an, war kahl geschoren und hatte hohle Wangen. Er trug Holzpantinen an den Füßen.

Ich wußte nicht, was ich sagen sollte. Wenige Monate vorher hatte er noch in Weimar auf den Stufen des Thüringischen Landesmuseums gestanden, auf denen nach seiner Idee eine riesiger "Christbaum für alle" errichtet worden war. ...

Die Weimarer liebten ihn sehr wegen seiner seelsorgerischen Arbeit, er hatte Nähstuben für alte Frauen und Wärmestuben für Arbeitslose eröffnet und Weihnachten Hunderte von Gabenpaketen an Notleidende verteilt. ...

Als ich zu Hause von meiner stummen Begegnung berichtete, nannte Vater mir den Grund für seinen Aufenthalt im Konzentrationslager:

Der Pfarrer hatte nicht zugeben wollen, daß seine Liebestätigkeit von der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt abgelöst wurde. ...

Der "Christbaum für alle" mußte heimlich und bei Nacht aufgestellt werden. Am Weihnachtstag selbst getraute sich niemand, diesen Baum zu entfernen, aber nach der Mitternachtsmette und nachdem sich die Menschen zerstreut hatten, waren zwei Schwarzuniformierte erschienen, hatten den Pfarrer in ein Auto gepackt und nach Buchenwald eingeliefert.<<

Der deutsche Staatsanwalt Willy Dreßen schrieb später über die "Schutzhaft" des NS-Regimes (x051/525-527): >>Schutzhaft, vor dem Ersten Weltkrieg geschaffene Institution zur polizeilichen Verwahrung von Personen.

In Preußen stützte man sich bei der Verhängung von Schutzhaft zunächst auf das Allgemeine Landrecht (Artikel 10 II 17). Eine weitere Regelung erfolgte in Preußen durch das Polizeiverwaltungsgesetz vom 1.7.31. Danach konnten Personen in polizeiliche Verwahrung genommen werden, wenn das zu ihrem Schutz oder zur Beseitigung einer bereits aufgetretenen Störung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung oder zur Abwehr einer unmittelbar bevorstehenden polizeilichen Gefahr erforderlich und die Beseitigung der Störung und die Abwehr der Gefahr auf andere Weise nicht möglich war. Allerdings mußten die Häftlinge dann spätestens im Lauf des folgenden Tages entlassen werden (Ausnahme: gemeingefährliche Geisteskranke).

Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde die Möglichkeit der Inschutzhaftnahme bedeutend erweitert: Die "Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes" vom 4.2.33 (RGBl. I, S. 35) gab der Polizei die Befugnis einer längeren Inhaftierung ohne richterlichen Haftbefehl. Der Verhaftete konnte jedoch - neben der Dienstaufsichtsbeschwerde - den Amtsrichter des Vollstreckungsbezirkes anrufen. Außerdem setzte die Haft die Begehung strafbarer Handlungen (unbefugtes Führen von Waffen u.a.) voraus und war auf längstens drei Monate begrenzt.

Die Verordnung verlor ihre Bedeutung mit dem Erlaß der Reichstagsbrandverordnung vom 28.2.33. Nach ihr war die Inhaftierung zeitlich unbegrenzt möglich und dem Verhafteten standen gegen sie keinerlei Rechtsbehelfe mehr zur Verfügung.

Ursprünglich richtete sie sich gegen kommunistische Bestrebungen im weitesten Sinn, worunter aber schließlich alles verstanden wurde, was dem Regime mißfiel. So wurden z.B. auch lästige evangelische und katholische Geistliche, Zentrumsangehörige, Sozialisten, Gewerkschaftler, Zeitungsverleger, Journalisten, Alkoholiker, Asoziale, Arbeitsscheue, Unterhaltungspflichtverletzer, "unsoziale" Fabrikanten oder Angehörige von flüchtigen Regimegegnern (Sippenhaft) nach dieser Verordnung eingesperrt. Der Haftgrund des Schutzes der eigenen Person des Häftlings - etwa gegen die "Empörung" der Bevölkerung - spielte dagegen in der Praxis eine untergeordnete Rolle.

Die Schutzhaftgefangenen wurden anfangs in Polizeigefängnissen und Strafanstalten untergebracht, und da diese bald völlig überfüllt waren, in alten Fabriken oder anderen Haftlagern, den frühen Konzentrationslagern, die fast alle 1933-35 wieder aufgelöst wurden, festgehalten. Eine letzte große Verhaftungswelle ging nach der sogenannten Röhme-Affäre (30.6.34) durch Deutschland. Danach übernahm die SS auch die Kontrolle der meisten bis dahin von SA-Hilfspolizisten bewachten Lager.

1933 wurden u.a. folgende Zahlen von Schutzhaftgefangenen in der Presse veröffentlicht: Bis April in Bayern etwa 5.400 Personen und im ganzen Reich etwa 16.000 Personen, bis Oktober in Preußen etwa 15.000 Personen. Dabei muß jedoch einmal berücksichtigt werden, daß aus Propagandagründen wahrscheinlich herabgesetzte Zahlen bekannt gegeben wurden, zum anderen dürften - wie in Nachkriegsurteilen festgestellt - die Innenministerien bei den zahlreichen Verhaftungen, die von allen möglichen Partei- und Polizeidienststellen vorgenommen

wurden, kaum zutreffende Berichte über die Häftlingszahlen erhalten haben.

Unmittelbar nach der Machtübernahme und nach der Reichstagsbrandverordnung kam es darüber hinaus in zahlreichen Fällen zu völlig willkürlichen und eigenmächtigen Verhaftungen (etwa durch SA- und SS-Männer, die sich an politischen Gegnern rächen wollten), bei denen die Verhafteten teilweise in schnell improvisierte sogenannte "wilde" KZ (alte Feldscheunen, Schuppen, leerstehende Hallen, Hinterzimmer u.a.) gebracht und dort oft schwer mißhandelt oder sogar getötet wurden.

Frühe KZ zur Vollstreckung von Schutzhaft waren: Ahrensböök (Schleswig-Holstein), Ankenbuck (Baden), Augustusburg (Sachsen), Bad Sulza (Thüringen), Benninghausen (Kreis Lippstadt), Bornim bei Potsdam, Brandenburg an der Havel, Brauweiler bei Köln, Breitenau (Hessen-Nassau), Bremen-Ochtumsand (auf einem Schiff), Bremerhaven ("Langlütjen"), Breslau-Dürrgoy, Chemnitz und Colditz (Außenkommandos von Sachsenburg), Columbia-Haus in Berlin (erst 5.11.36 aufgelöst), Dresden (Gefängnis), Dresden-Drachenberge (zu Sachsenburg), Fuhlsbüttel (Hamburg), Gollnow (Pommern), Gotteszell bei Schwäbisch Gmünd, Hainewalde (Sachsen), Hainichen (Sachsen), Hammerstein (Posen-Westpreußen), Heuberg bei Stetten am Kalten Markt (Württemberg), Hohenstein (Sachsen), Kemna, Kislau (Baden), Königstein (Sachsen), Leipzig (Frauen-KZ im St.-Georg-Krankenhaus), Leschwitz bei Görlitz, Lichtenburg, Moringen (Kreis Northeim), Oranienburg, Osthofen bei Worms, Quedenau (Ostpreußen), Reichenbach (Vogtland), Roßlau (Anhalt), Sachsenburg (erst Sommer 37 aufgelöst), Sonnenburg (Neumark), Stettin-Bredow, Taufkirchen (Bayern), Ulm-Kuhberg und Garnisons-Arresthaus, Werden (Rheinprovinz), Wittmoor (Hamburg), Zschochau (Sachsen), Zwickau (Sachsen).<<

Der deutsche Historiker Martin Broszat berichtete später über die Kenzeichnung der verschiedenen KZ-Häftlingsgruppen (x129/67): >>Die verschiedenen Häftlingskategorien wurden in den Lagern besonders gekennzeichnet. Das schon in den Jahren vor dem Krieg eingeführte einheitliche Schema bestand darin, daß das Stoffdreieck, das jedem Gefangenen auf die Häftlingskleidung aufgenäht wurde, je nach Häftlingskategorie in verschiedenen Farben angefertigt wurde: für politische Gefangene (rot), Bibelforscher (lila), Asoziale (schwarz), Kriminelle (grün), Homosexuelle (rosa) und für Emigranten (blau).

Jüdische Häftlinge mußten zusätzlich zu dem Farbdreieck ein gelbes Dreieck tragen, das so auf das Farbdreieck aufgenäht wurde, daß sich ein sechseckiger Zionsstern ergab. Ein zusätzliches Kennzeichen in Gestalt eines Querbalkens über dem Dreieck wurde für sogenannte rückfällige Häftlinge eingeführt. ...<<

Der deutsche Staatsanwalt Willy Dreßen schrieb später über die "Konzentrationslager" (KZ) des NS-Regimes in den Jahren 1933-1938 (x051/325-326): >>Konzentrationslager. Die ersten KZ gab es im Burenkrieg (1901); sogenannte concentration camps wurden von den Engländern als Internierungslager für Zivilgefangene eingerichtet.

Im nationalsozialistischen Deutschland dienten sie seit 1933 zur Inhaftierung und Umerziehung aller "mißliebigen Elemente" (wie Kommunisten, Sozialisten, Zentrumsangehörige, Geistliche u.a.) und zur Zwangsarbeit.

Entstanden sind die KZ im Zuge der Verhaftungswelle nach der Machtübernahme 1933, die dazu führte, daß die Gefängnisse in kurzer Zeit völlig überfüllt waren und zusätzlicher Haftraum benötigt wurde. Die wesentliche Rechtsgrundlage für die Inhaftierung bildete die Reichstagsbrandverordnung. Die Haft wurde als vorbeugende Polizeimaßnahme bzw. Schutzhaft gegenüber staatsfeindlichen Elementen bezeichnet. Rechtsbehelfe gegen sie waren nicht zugelassen.

Die ersten KZ wurden teils von staatlichen Stellen (Polizeibehörden u.a.), teils aber auch eigenmächtig von SA und SS in leerstehenden Fabriken, Lagerhallen u.a. eingerichtet. Diese "wildern" KZ (Schutzhaft) verschwanden in der Folgezeit nach und nach, die Leitung und Be-

wachung der anderen Lager blieb in den Händen der vom Staat als Hilfspolizei eingesetzten SA und SS und ging nach der Röhm-Affäre (30.6.34) allein auf die SS über.

Das Modell für alle KZ wurde Dachau, dessen Lagerkommandant Eicke, der am 4.7.34 zum "Inspekteur der KZ" ernannt wurde, am 1.10.33 eine Lagerordnung erlassen hatte, die bei der Einrichtung der anderen Lager als Muster diente.

Ein KZ hatte danach jeweils fünf Abteilungen, nämlich Kommandantur (I), politische Abteilung (II), Schutzhaftlager (III), Verwaltung (IV) und Lagerarzt (V). Die politische Abteilung (II) war praktisch ein Außenposten der jeweiligen örtlichen Gestapo mit einem Gestapobeamten als Leiter. Sie führte Vernehmungen durch und war für die Häftlingskartei, die Häftlingsakten u.a. zuständig.

Der Schutzhaftlagerführer (bei großen Lagern gab es neben dem ersten einen zweiten Schutzhaftlagerführer) war auch Vertreter des Kommandanten. Ihm unterstanden der oder die Rapportführer, diesem die Blockführer. Ferner unterstanden ihm der Arbeitseinsatzführer und die Kommandoführer. Im Schutzhaftlager (III) waren die Häftlinge untergebracht.

Die Disziplin der SS-Angehörigen in den Lagern war meist schlecht. Selbst schwere Bestrafungen (Todesstrafen) durch SS-Gerichte änderten daran nichts Grundlegendes.

Parallel zur SS-Organisation wurde später eine Häftlingsselbstverwaltung eingerichtet, an deren Spitze der oder die Lagerältesten standen, gefolgt von den Blockältesten der einzelnen Baracken und dem Stubendienst. Funktionshäftlinge (Schreiber, Häftlingsärzte, Leichenträger u.a.) waren mit den verschiedensten Arbeiten im Lager betraut. In den Arbeitskommandos waren sie als Kapos und Vorarbeiter eingesetzt. Meist waren es Kriminelle oder politische Häftlinge, zwischen denen ein ständiger offener oder versteckter Kampf um die besten Positionen im Lager stattfand.

Neben dem SS-Personal des Lagers selbst gab es zur Außenbewachung des Lagers SS-Wachtruppen, "SS-Wachverbände", später Totenkopfverbände genannt.

Während zunächst in den KZ nur politische Schutzhäftlinge inhaftiert waren, ging man später – u.a. zur Diskriminierung der politischen Gefangenen – dazu über, entsprechend dem Erlaß des Reichsjustizministeriums vom 14.12.37 sogenannte "Berufs- und Gewohnheitsverbrecher, Asoziale" u.a., die als polizeiliche Vorbeugungshäftlinge bezeichnet wurden, in die Lager einzuweisen. Zusammen mit den Juden und "Zigeunern", den Homosexuellen und den Ernsten Bibelforschern (Zeugen Jehovas), den sogenannten Arbeitsscheuen (Himmler-Erlaß vom 26.1.38) und Personen, die ihre gerichtlich verhängten Strafen bereits verbüßt hatten oder die angeblich zu Unrecht freigesprochen worden waren, waren damit schon frühzeitig verschiedene Kategorien von Häftlingen in den KZ inhaftiert.

Nach Kriegsausbruch wurden dann zunehmend ausländische Häftlinge aus den deutsch besetzten Gebieten – z.B. NN-Häftlinge (Nacht-und-Nebel-Erlaß) – in die Lager gebracht. Sie stellten schließlich das Gros der Gefangenen.

Die verschiedenen Arten von Häftlingen wurden durch auf dem Kopf stehende Dreiecke (sogenannte Winkel) aus farbigem Stoff auf der Kleidung gekennzeichnet; die kriminellen Häftlinge hatten grüne, die politischen rote, die Asozialen schwarze, die Homosexuellen rosa und die Bibelforscher violette Winkel. Die jüdischen Häftlinge waren daran zu erkennen, daß über dem jeweiligen Winkel ein gelbes Dreieck so aufgenäht wurde, daß sich insgesamt ein Davidstern ergab, während ausländische Häftlinge dadurch kenntlich gemacht wurden, daß der Anfangsbuchstabe ihrer jeweiligen Nationalität auf dem Winkel angebracht wurde. Bereits einmal Geflohene oder Fluchtverdächtige waren durch einen großen roten oder schwarzen sogenannten Fluchtpunkt auf Brust und Rücken besonders gekennzeichnet.

Da in den Lagern ein riesiges Reservoir an Zwangsarbeitern zur Verfügung stand, begann die SS eigene Wirtschaftsbetriebe zu gründen und errichtete im Februar 42 das Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamt (WVHA) unter Leitung des späteren SS-Obergruppenführers Oswald

Pohl, dem die Dienststelle des Inspektors der KZ unter der Bezeichnung "Amtsgruppe D" eingegliedert wurde.

Mit zunehmender Kriegsdauer machten die ständigen Bombardierungen die Verlagerung großer Teile der Rüstungsproduktion unter die Erde erforderlich, wodurch immer mehr Häftlinge und Zwangsarbeiter benötigt wurden. Die kleine Gruppe der KZ, die 1939 bestanden hatte – Dachau, Flossenbürg, Sachsenhausen, Buchenwald, Mauthausen und das Frauenlager Ravensbrück mit insgesamt 21.400 Häftlingen –, wuchs zu einem weit verzweigten System an, das auch die besetzten Länder einschloß. Überall dort, wo die Industrie Arbeitskräfte brauchte, wurden Außenkommandos (Nebenlager) eingerichtet. Die Zahl der Häftlinge in Buchenwald z.B. vergrößerte sich dadurch auf fast 525.000 im August 44 und betrug Anfang 45 schließlich über 600.000 Menschen.

Das Interesse des WVHA an der Ausnutzung der Arbeitskraft stand in gewisser Weise dem Interesse des RSHA auf Ausschaltung bzw. Umerziehung der politischen Gegner entgegen. Für die Häftlinge brachte die Unterstellung der KZ unter das WVHA jedoch kaum Vorteile. Nach einem Befehl Pohls vom April 42 sollte die Ausnutzung der Arbeitskräfte "im wahrsten Sinne des Wortes erschöpfend" gestaltet und Mahlzeiten, Appelle u.a. auf ein nicht mehr zu verdichtendes Mindestmaß beschränkt werden.

Seit September 42 wurden auch bestimmte Justizgefangene (Sicherungsverwahrte u.a.; Deutsche, Juden, Zigeuner, Russen, Polen u.a.) nach einer Vereinbarung zwischen Thierack und Himmler "zur Vernichtung durch Arbeit" in die KZ eingewiesen. Zudem wurden in den Lagern regelmäßig alle nicht mehr arbeitsfähigen Häftlinge ("Muselmänner") ausgesondert und in Tötungsanstalten der Euthanasie-Aktion oder Vernichtungslager transportiert und dort getötet. In vielen Fällen wurden sie auch in den Lagern selbst durch Giftinjektionen ermordet.

Die Häftlinge waren in den Lagern bedingungslos der Gewalt der SS und der Gestapo ausgeliefert. Nach der Eicke'schen Lagerordnung (Dachau) war die Verhängung von Strafen, Prügelstrafe, Pfahlhängen u.a. bis hin zur Todesstrafe, die allerdings – z.B. bei Fluchtversuchen – in der Regel vom RSHA angeordnet wurde, Sache des jeweiligen Lagerkommandanten. Eigenmächtige Tötungen und Mißhandlungen von Häftlingen waren ausdrücklich verboten. Es war den SS-Angehörigen sogar untersagt, Häftlinge zu berühren.

Trotz dieses eindeutigen Verbotes waren Häftlingsmißhandlungen und -tötungen (Erschlagen, Erhängen, Ertränken, zu Tode foltern u.a.) etwas Alltägliches. Neben den SS-Angehörigen waren an ihnen auch Funktionshäftlinge, namentlich die Kapos, beteiligt. Die Täter gingen regelmäßig straffrei aus. Von der Inspektion der KZ wurde diese Praxis geduldet.

Im übrigen waren die Lebensverhältnisse, was Hygiene, Kleidung, Verpflegung und ärztliche Versorgung anging, durchweg vollständig unzureichend und unmenschlich. Meist waren die Häftlinge in zugigen Holzbaracken, in denen sich dreistöckige, primitive Etagenbetten befanden, untergebracht. In jedem Bett schliefen bis zu drei Häftlinge, denen oft nur eine einzige Decke zur Verfügung stand, auf Strohsäcken als Unterlage und manchmal sogar auf dem blanken Holz der Bettstatt. Die Kleidung bestand im allgemeinen – auch im Winter – nur aus dem dünnen, gestreiften Häftlingsanzug, der zudem sehr selten gewaschen wurde. Als Verpflegung gab es neben geringen Brotrationen v.a. Rüben- und Wassersuppen.

Zusammen mit den schlechten sanitären Verhältnissen, die immer wieder Seuchen hervorriefen, und mit den unmenschlichen Arbeitsverhältnissen führte das zu einer außerordentlich hohen Sterblichkeit, die auch durch die Aufforderung des WVHA (Schreiben Pohls vom 20.1.43), mit allen Mitteln die Arbeitskraft der Häftlinge zu erhalten, nicht gebremst werden konnte.

Darüber hinaus wurden Häftlinge auch zu zahlreichen medizinischen Menschenversuchen benutzt, die manchmal terminal angelegt waren, d.h. es stand von vornherein fest, daß die Versuchspersonen dabei zu Tode kommen würden.

Im Rahmen der Endlösung wurden einzelne Lager zur Tötung mittels Giftgas und zur Sonderbehandlung, d.h. Exekution "staatsfeindlicher Elemente" und russischer Kriegsgefangener (nach dem Kommissarbefehl vom 6.6.41), benutzt.

Kurz vor Kriegsende wurden die meisten KZ ins Innere des Reiches evakuiert. Im Chaos des Zusammenbruchs kamen dabei zahllose entkräftete Häftlinge in zum Teil offenen Gütertransportzügen ums Leben oder wurden – wenn sie auf Fußmärschen das Marschtempo nicht durchhalten konnten – von ihren Bewachern am Straßenrand erschossen. Viele starben in den total überfüllten Auffanglagern (nach Schätzungen insgesamt etwa ein Drittel der im Januar 45 registrierten Häftlinge).<<

NS-Polizei- und Terrorstaat

Seit April 1933 führte der SS-Staat unentwegt systematische Verfolgungen durch, die oft heimlich werden konnten ("Nacht- und Nebelaktionen"). Im Verlauf dieser großangelegten "Säuberungsaktionen" nahmen die SS- und SD-Einheiten ungezählte "Staatsfeinde" (Sozialdemokraten, Kommunisten, Konservative und andere Regimegegner) fest. Tausende wurden in den "wilden Schutzhaftlagern" inhaftiert.

Im Jahre 1933 ließ die NS-Justiz schon 75 % aller Todesurteile vollstrecken, während man 1932 keinen der 77 Todeskandidaten hingerichtet hatte (x074/1.103).

Goebbels schrieb am 18. Mai 1934 in der NS-Zeitschrift "Der Angriff" (x025/145): >>Kritik ist nur denen erlaubt, die sich nicht fürchten, ins Konzentrationslager zu kommen. ...<<

Am 4. Juli 1934 wurde Theodor Eicke (1892 in Elsaß-Lothringen geboren) für "seine persönlichen Dienste" bei der Röhme-Affäre zum "Inspekteur der Konzentrationslager und Führer der SS-Wachverbände" (SS-Totenkopfverbände) ernannt.

Für Eicke gab es damals grundsätzlich nur 2 Dinge, die Gültigkeit hatten: "BEFEHL und BEDINGUNGSLOSER GEHORSAM". Alle Angehörigen der SS-Wachmannschaften mußten sich total unterordnen und jeden Befehl (spezielle grausame Foltermethoden und Strafen etc.) bedingungslos ausführen (x030/79).

SS-Gruppenführer Theodor Eicke (1892-1943, seit Mitte 1934 Inspekteur der Konzentrationslager und Leiter der Wachverbände bzw. später SS-Totenkopfverbände) unterzeichnete am 1. August 1934 folgende interne Lagerordnung für das Konzentrationslager Esterwegen (x050/154-156): >>... **Zweck**

Es bleibt jedem Schutzhaftgefangenen überlassen, darüber nachzudenken, warum er in das Konzentrationslager gekommen ist. Hier wird ihm Gelegenheit geboten, seine innere Einstellung gegen Volk und Vaterland zugunsten unserer Volksgemeinschaft auf nationalsozialistischer Grundlage zu ändern, oder, wenn es der einzelne für wertvoll hält, für die schmutzige 2. oder 3. Judeninternationale eines Marx oder Lenin zu sterben.

Zucht und Ordnung

Ohne Rücksicht auf Herkunft, Stand und Beruf befinden sich die Gefangenen ausnahmslos in einem untergeordneten Verhältnis. Ob alt, ob jung, hat sich jeder an militärische Zucht und Ordnung vom ersten Tage an zu gewöhnen. Alle SS-Männer, bis zum Kommandanten des Konzentrationslagers sind Vorgesetzte der Gefangenen; ihren Befehlen ist unverzüglich und ohne Widerrede Folge zu leisten.

Ehrenbezeugung

Zur Förderung der Manneszucht sind die Gefangenen gezwungen, vor allen SS-Angehörigen militärische Ehrenbezeugung zu erweisen. Wird ein Gefangener von einem SS-Mann angesprochen, so hat er militärische Haltung anzunehmen. ...

Werden Gefangenen-Unterkünfte durch einen Vorgesetzten betreten, dann hat der nächststehende Gefangene durch den Ruf "Achtung" darauf aufmerksam zu machen. Der Stubenälteste meldet die Belegstärke; die Belegschaft hat Haltung anzunehmen. ...

Pflicht zur Arbeit

Die Gefangenen sind ausnahmslos zur körperlichen Arbeit verpflichtet. Stand, Beruf und Herkunft bleiben außer Betracht. Wer die Arbeit verweigert, sich vor ihr drückt oder zum Zwecke des Nichtstuns körperliche Gebrechen oder Krankheit vorschützt, gilt als unverbesserlich und wird zur Verantwortung gezogen.

Die Arbeitszeit im ganzen Lager bestimmt ausschließlich der Lagerkommandant. Beginn und Ende der Arbeit werden durch Hornsignale oder durch die Werkstattglocke bekanntgegeben.

...

Verhalten im Lager

Johlen, Schreien und überlautes Rufen ist im Lager untersagt. ... Zusammenrottungen in der Nähe der Drahthindernisse an der Lattengrenze sind verboten. Wird dieses Verbot nicht beachtet, dann wird scharf geschossen. Befehle der Lagerposten sind unverzüglich zu vollziehen; einem Befehl kann, wenn erforderlich, mit der Waffe Nachdruck verliehen werden.

Lagerarzt

Der Lagerarzt ist nur für Kranke, aber nicht für Arbeitsscheue da. Gefangene, welche sich durch eine grundlose oder zimperliche Krankmeldung von der Arbeit zu drücken versuchen, werden der Abteilung "Strafarbeit" zugeteilt. ...

Aufwiegler

Wer im Lager, an der Arbeitsstelle, in den Unterkünften und auf Ruheplätzen politisiert, aufreizende Reden hält ... wird als Aufwiegler behandelt.

Gemeingefährlich

Wer einem Posten Geschenke anbietet, zu bestechen sucht, in seiner Gegenwart den Marxismus oder eine andere Novemberpartei verherrlicht, abfällige Bemerkungen über den nationalsozialistischen Volksstaat und seine Regierung macht, sich widerspenstig zeigt, einem fremden Lagerbesucher heimlich Mitteilung über das Lager und seine Insassen macht, Briefe, Zettel, Lichtbilder und Kleidungsstücke zusteckt, im Lager verbotene Gegenstände, Kleidungsstücke, Mützen, Zigarettendosen, die sich als Verstecke eignen, herstellt, empfängt, weitergibt, verschickt, wird als gemeingefährlich behandelt.

Strafen

Verbrechen, Vergehen und Übertretungen werden nach der Disziplinar- und Strafverordnung für Schutzhaftgefangene geahndet. ...<<

Die "SS-Wachverbände" wurden am 29. März 1936 in "SS-Totenkopfverbände" (Kennzeichen: Totenschädel über 2 gekreuzten Knochen) umbenannt. Die SS-Totenkopfverbände, die damals etwa 3.500 Mann verfügten, wurden zur Bewachung der Konzentrationslager eingesetzt. Einheiten dieser SS-Totenkopfverbände setzte Himmler ab 1941 mit den SD-Sondereinsatzgruppen auch bei den sog. "Sondereinsätzen" hinter den deutschen Kampffronten ein.

Am 17. Juni 1936 ließ Hitler gemäß Führererlaß die Leitung sämtlicher Polizeieinheiten an Heinrich Himmler (Reichsführer SS) übertragen. Himmlers Stellvertreter wurde SS-Obergruppenführer Kurt Daluge, der Leiter der Ordnungspolizei.

Gemäß Erlaß vom 25. Januar 1938 wurden die NS-Schutzhaftrichtlinien ergänzt (x032/418):

>>... § 1 Die Schutzhaft kann als Zwangsmaßnahme der Geheimen Staatspolizei zur Abwehr aller volks- und staatsfeindlichen Bestrebungen gegen Personen angeordnet werden, die durch ihr Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates gefährden. ...<<

Die SS-Terrororganisationen setzten alle politischen, militärischen, wirtschaftlichen, nationalen und sonstigen Ziele mit brutaler Gewalt durch. Das allgegenwärtige NS-Regime kontrollierte systematisch sämtliche Lebensbereiche. Mit Hilfe von brutalen Terrormethoden (Internierung, Folter oder Mord) wurden die persönlichen Freiheiten konsequent erstickt, das Recht gebeugt, der Anstand lächerlich gemacht und die christlichen Gebote verhöhnt, um letzten Endes das Leben, die Würde, die Gesundheit sowie das Lebensglück von Millionen Menschen

zu vernichten.

Die Gestapo erhielt später auch den Auftrag, alle Juden, Zigeuner, Homosexuelle, Freimaurer und andere "Volksschädlinge" aufzuspüren und zu inhaftieren.

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Verwirklichung der NS-Pläne (x051/406):

>>(Nationalsozialismus) ... Was den Nationalsozialismus aber v.a. vom übrigen europäischen Faschismus (auch vom italienischen) unterscheidet, ist die geradezu brutale Folgerichtigkeit, mit der er von 1933 an sein politisches Programm (mit Ausnahme des Antikapitalismus) verwirklichte:

1) Die völlige Zerstörung der parlamentarischen Demokratie, die Beseitigung des Rechtsstaates und der Aufbau einer totalitären Diktatur, d.h. eines nach dem Führerprinzip gestalteten Einparteienstaates der NSDAP mit dem "Führer und Reichskanzler" Hitler an der Spitze, war schon Mitte 34 im Wesentlichen abgeschlossen (Gleichschaltung).

Fast alle Deutschen waren in der NSDAP (1935 rund 2,5 Millionen Mitglieder) und/oder in den ihr angeschlossenen Verbänden total erfaßt, durch die Organe der Staatssicherheit (insbesondere den Sicherheitsdienst der SS) einer fast lückenlosen politischen Kontrolle unterworfen und völlig auf die politischen Ziele des nationalsozialistischen Regimes ausgerichtet.

Die Gegner des Nationalsozialismus waren zum Großteil ins Ausland geflohen, inhaftiert (schon Ende Februar 33 Errichtung der ersten Konzentrationslager) oder getötet, die innerparteilichen Konkurrenten Hitlers, v.a. die in der SA (Röhm-Affäre), ausgeschaltet worden.

Durch die Propaganda der jetzt staatlich gelenkten Medien (Presse, Rundfunk), die ständigen Massenveranstaltungen der NSDAP und ihrer Verbände und die v.a. auf den jährlich in Nürnberg stattfindenden Reichsparteitagen entfalteten Rituale und schließlich auch durch gelenkte Volksabstimmungen, mit denen Hitler und seine Regierung wichtige politische Maßnahmen scheindemokratisch legitimieren ließen, wurde die Fiktion einer unter der Führung Hitlers geeinten "Volksgemeinschaft" ständig neu erzeugt und aufrechterhalten. –

2) Die Judenverfolgung mündete in den Völkermord der Endlösung. Ein ähnliches Schicksal erlitten andere "rassisch minderwertige" Bevölkerungsgruppen, so die "Zigeuner" und die geistig Behinderten (Euthanasie). –

3) Der Vorbereitung eines Angriffskrieges zur "Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtsloser Germanisierung" (Hitler am 3.2.33 vor Reichswehrgenerälen) dienten die bereits Ende 33 begonnene, zunächst geheime Aufrüstung, der Austritt des Deutschen Reiches aus dem Völkerbund und der internationalen Abrüstungskonferenz (Oktober 33) sowie – unter Bruch des Versailler Vertrages – die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht (März 35) und die Rheinlandbesetzung (März 36). Am 5.11.37 gab Hitler vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht seine Absicht, einen Angriffskrieg zu entfesseln, offen zu Protokoll (Hoßbach-Niederschrift) und entlarvte damit seine wiederholten öffentlichen Friedensbeteuerungen als Lüge. Am 1.9.39 begann mit dem Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg. –

4) Schon vor Kriegsbeginn hatte das nationalsozialistische Deutschland wesentliche Teile des Versailler Vertrages "revidiert", war durch die Rückgliederung des Saarlandes (Januar 35), den Anschluß Österreichs (März 38) und des Sudetenlandes (Oktober 38) ans Deutsche Reich dem Ziel der Schaffung eines "großdeutschen" Staates nahe gekommen; durch die faktische Angliederung der zum Protektorat Böhmen und Mähren ernannten sogenannten Resttschechei (März 39) war dieser über die Grenzen der deutschen Nationalität hinaus ausgeweitet, nach der Eroberung des westlichen Polens (Oktober 39) die Bildung des Großdeutschen Reiches abgeschlossen.

Der vom Nationalsozialismus entfesselte Weltkrieg endete mit der völligen Niederlage Deutschlands und der Bedingungslosen Kapitulation seiner Truppen am 7./8.5.45. Deutschland wurde von den Alliierten besetzt, die NSDAP mitsamt ihren Gliederungen und ange-

schlossenen Verbänden durch das Gesetz Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats vom 10.10.45 verboten und aufgelöst; ihre Mitglieder (1945 rund 8,5 Millionen) und Sympathisanten wurden einem Entnazifizierungsverfahren unterzogen, die nationalsozialistischen Kriegsverbrecher angeklagt und verurteilt (Nürnberger Prozesse).

Mit Ausnahme der tatsächlich fast völligen Vernichtung des europäischen Judentums hat so Hitler keines seiner politischen Ziele erreicht. Die bis heute nachwirkenden Ergebnisse und Folgen des Nationalsozialismus sind vielmehr das Ende eines gesamtdeutschen Staates, der Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht, die Sowjetisierung Ost- und Ostmitteleuropas und die Teilung Europas in ein kommunistisch regiertes Ost- und ein demokratisches Westeuropa. Im Neonazismus lebte der Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre weiter und seit Ende der 70er Jahre wieder auf, bisher freilich ohne wesentliche politische Bedeutung.<<